



Bürgeragenda

zur Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft



Resultate des Bürgerdialogs
Bürgerwerkstätte 16. und 30. September 2017

Bürgeragenda	4
a) Unser grundsätzliches Ziel der Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft: das Wohl des Kindes stärken.....	4
Generelle Empfehlungen zum Wohl des Kindes	5
b) Empfehlungen zu den Hauptanliegen	6
1. Kinderbetreuungsoptionen.....	6
Empfehlungen zu den Betreuungsoptionen.....	6
2. Organisation der Kinderbetreuung.....	8
Empfehlungen zur Organisation und Vernetzung der Betreuungsangebote	8
3. Förderung und Finanzierung der Kinderbetreuung.....	11
Empfehlungen zur Förderung und Finanzierung der Kinderbetreuung – staatliche Förderung und Integration.....	11
Lernerfahrungen und Empfehlungen.....	12
Annex.....	13
a) Prozessbeschreibung und Rahmenbedingungen.....	13
Prozessüberblick	13
Rollen und Verantwortungen	13
Expertenanhörungen (Bürgerwerkstatt 2)	14
b) Formulierung von politischen Empfehlungen – Anregung der Moderatorin.....	15
c) Die Zusammensetzung der Bürgergruppe.....	16
d) Botschaft des Parlamentspräsidenten.....	17
Bildnachlese.....	18

Bürgeragenda

a) Unser grundsätzliches Ziel der Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft: das Wohl des Kindes stärken

Kinder brauchen Freude an ihrer und Vertrauen in ihre Lebenssituation. Sie sollten ein Umfeld haben, das ihre Bedürfnisse gut in alle Abläufe integriert hat, sie anspricht und fördert und ihre Ruhezeiten achtet. Ihr Umfeld soll ihre Bemühungen zum Nach- und Mitmachen gut aufnehmen und daraus gute Erlebnisse wachsen lassen. Kinder brauchen Raum zu Selbstverantwortlichkeit über Spiel oder Tätigkeit, Bemühung oder Entspannung.

Kinder werden ohne Verantwortung oder Zutun in eine Zeit und eine Umwelt hineingeboren. Die Familien, die die Kinder erziehen, können heute sehr unterschiedlich sein: Mutter-Vater-Beziehungen, Alleinerziehende und andere mehr. Wir haben allgemein festgestellt, dass es einen großen Zusammenhang gibt zwischen dem Wohlergehen des Kindes und dem der Familie: Eine Voraussetzung für das Wohlergehen des Kindes ist es, dass es den Eltern gut geht.

Die jungen Personen, die nun gemeinsam mit einem oder mehreren Kindern einen gangbaren Weg für sich und ihre Familie erfinden müssen, stehen oft unter hohem Erwartungs- und Erfolgsdruck. Die Berufstätigkeit beider Elternteile, unterbrochen von zu kurzer Babypause, wird oft vorausgesetzt und verlangt, ebenso unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitszeitflexibilität. Überforderung und Arbeitslosigkeit führen zu wirtschaftlichen Zwangslagen, Krisen schütteln junge Existenzen, manche verlieren die Orientierung in widerstreitenden Anforderungen. Regelmäßiger Stress, Burnout, Depression usw. sind schwerwiegende Folgen – auch für die Kinder.

Kinder brauchen Schutz und Sicherheit, aufnahmebereite und zugewandte Bezugsperson(en), die freundlich und entgegenkommend auf kindliche Bedürfnisse und Impulse reagieren. Sie sollten selbstverständliche Vertrauenswürdigkeit ausstrahlen, dem Kind und sich selbst gut zu helfen wissen beim gemeinsamen Gang durch auch kindgerecht strukturierte Tagesabläufe.

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es zu Hause betreuten Kindern nicht besser oder schlechter gehen muss, als wenn sie außerhalb betreut werden. Die familiären Bezugspersonen und das häusliche Wohlbefinden haben jedoch den wichtigsten und dauerhaftesten Einfluss auf das Kindeswohl. So bleibt die Familie immer der Aufgangspunkt aller Entwicklung.

Das erste Lebensjahr ist sehr wichtig für die Mutter-Kind-Bindung. Eine einjährige Babypause soll dies fördern. In den ersten drei Lebensjahren ist die Entwicklung des kindlichen Gehirns erstaunlich: Es vervielfacht sich ständig. Z. B. wächst die Synapsenbildung von 2.500 bei der Geburt auf 15.000 Synapsen mit einem Jahr. Mit Zwei hat das Kindergehirn so viele Synapsen wie ein Erwachsener, mit Drei doppelt so viele. Bis zum Alter von Zehn werden diese wieder auf die Erwachsenenmenge abgebaut. Verantwortlich für Entfaltung und Festigung der frühkindlichen Potenziale ist weitgehend die erwachsene Umwelt. (Sachinformationen aus Wikipedia)

Generelle Empfehlungen zum Wohl des Kindes

Im weiteren Papier werden konkretere Empfehlungen formuliert. Mit den generellen Empfehlungen wird vor allem die grundsätzliche Haltung der Bürgergruppe zum Thema sichtbar.

Im Licht der Qualität einer Kinderbetreuung erscheint im Masterplan die Frage nach der Mengenbedarfsdeckung vorgezogen; Kindeswohlfragen werden dort nicht behandelt, sondern scheinbar vorausgesetzt. Insoweit fehlt uns die Einbeziehung und Anerkennung der Kindesbedürfnisse als qualitative Beschreibung des Geplanten.

Wir unterstützen die weitere Bedarfsdeckung der außerschulischen Betreuung (Aube) bis 2025. Sorge macht uns allerdings die Frage, ob jeder weitere Bedarf gedeckt werden kann, insbesondere wenn neuer Bedarf geweckt wird, ohne auch die familiäre Selbstverantwortung zu unterstützen. Der Bedarf vor sieben und nach achtzehn Uhr kann plausibel sein, kann kindgerecht sein bei entsprechenden Anpassungen der Familie, wirkt aber auch als Alarmsignal. Es wird unten empfohlen, dass Konzepte öffentlich geförderter Betreuung auf ein zeitliches Maximum täglich begrenzt werden (Schule einbegriffen). Zeitweilig sollen Ausnahmen bei deutlich erhöhtem Elternbeitrag zugelassen werden.

In der außerschulischen Betreuung sollte kindgerechte und persönliche Entwicklung gefördert werden. Ausreichend Freizeit, Bewegung und Erfahrung in der Natur, Förderung der Vertiefung in persönliche Neigungen, Spiel-, Tätigkeits- und Ruhephasen, alles altersgerecht, sollen mit der Aufsichtspflicht der Betreuenden in Übereinstimmung gebracht werden können. Es ist wünschenswert, dass auch extern betreute Kinder die Angebote von Sport-, Musik-, Freizeit- oder Kulturvereinen erreichen können (z. B. durch bessere logistische Unterstützung bei Transportwegen).

Wir finden, dass es aus Sicht des Kindeswohls für eine Tagesmutter zu viel ist, gleichzeitig drei Kleinkinder bis drei Jahre und zwei Kinder bis zwölf Jahre zu betreuen.

Wir empfehlen der Politik und dem Ministerium, folgende Ideen bei der Ausgestaltung des Masterplans gemeinsam mit den Fachexpertinnen und -experten zu berücksichtigen:

- Zur Unterstützung der Elternkompetenzen könnten die Hebammen den Eltern bis zum ersten Lebensjahr des Kindes zur Seite stehen im Umgang mit den Säuglingen und durch Beratung zu deren Wohl.
- Kaleido könnte ab dem ersten Lebensjahr des Kindes ständigen Kontakt (Zeiträume nach Bedarf) zu Kind und Familie halten (bis zum Alter von 16 Jahren) und so Förderbedarf wahrnehmen. Es sei auf das UN-Kinderrecht auf „Genesung und Wiedereingliederung“ verwiesen: Hier hat die Qualität der außerschulischen Betreuung herausragende Bedeutung, nicht zuletzt bei der Vermeidung erworbener Abwärtsspiralen. Eltern sind insgesamt vorsorglich zu unterstützen, Elterntrainings, die gewaltfreie Kommunikation, Teamfähigkeit, Respekt und Konfliktlösung zum Inhalt haben, sollten angeboten werden.
- Auch der Bedarf der Jugendlichen nach erreichbaren Treffpunkten der offenen Jugendarbeit ist im ländlichen Süden weiter zu erfüllen.

Zur weiteren Gestaltung einer kinder- und jugendfreundlichen Region bedarf das Ehrenamt jetzt neuer Bereitschaft, Unterstützung und Anerkennung. Vor allem dort, wo in ländlichen Gebieten ein dezentrales Angebot gefördert werden soll, stellt das Ehrenamt, auch wegen der demografischen Entwicklung, ein wichtiges Potenzial dar. Beispiele: Oma/Opa betreuen vor/nach der Schule ein/zwei weitere Kinder. Oma bringt mit ihrer Enkelin auch zwei weitere Kinder aus der Betreuung

oder der Familie zur Musikschule. Ein Leihoma-/opamodell könnte stark aus- und aufgebaut werden. Ebenso sollte untersucht werden, ob durch Abbau persönlicher Hürden das Altersehrenamt aktiviert werden kann. Sachkundig sind die vielen, die bereits engagiert sind.

b) Empfehlungen zu den Hauptanliegen

1. Kinderbetreuungsoptionen

Empfehlungen zu den Betreuungsoptionen

- 1) Wir fordern, dass Eltern die Wahl haben sollen, wie sie ihre Kinder betreuen (lassen) wollen. Die Auswahl sollte bestehen aus:
 - Betreuung durch die eigenen Eltern,
 - Betreuung durch Tagesmütter, -omas und -opas,
 - Betreuung in Kinderkrippen und
 - Betreuung in außerschulischen Einrichtungen (inklusive Freizeit- und Ferienbetreuung)

Die jeweilige Wahl soll die Gesellschaft respektieren, insofern das Wohl des Kindes dabei gefördert wird. Alle Optionen der Kinderbetreuung sollen qualitativ hochwertig sein.

- 2) Wir empfehlen, dass Eltern auch innerhalb eines Zeitraums von vor 7 Uhr morgens bis nach 18 Uhr die Möglichkeit einer externen Kinderbetreuung erhalten (vor allem vorgesehen für Eltern (z. B. mit Schichtdienst), bei denen keine häusliche Kinderbetreuung möglich ist).
- 3) Die Frage, ob Kinder für mehr als acht Stunden am Stück betreut werden sollen, wurde kontrovers diskutiert. Ebenfalls die Empfehlung, dass Kinder nach dem Bedarf der Elternarbeitszeiten extern betreut werden sollen.
- 4) Wir empfehlen, dass selbstständige Tagesmütter auch die Möglichkeit haben sollten, Teile ihrer Betreuungstätigkeit (z.B. vor oder nach der Schule) beim Kind zu Hause leisten zu dürfen. Vergütungsmöglichkeiten ähnlich dem „Betreuungsscheck“ sollen geprüft werden.
- 5) Wir empfehlen, dass die mindestentschädigte Aufsicht abgesichert wird.
- 6) Wir empfehlen, dass jede Gemeinde (beispielsweise in den Dorfhäusern) Tagesmütterhäuser einrichtet und auf mindestentschädigte Tagesmütter (zwecks der besseren Absicherung) zurückgreift.
- 7) Wir begrüßen, dass der Masterplan die Verbesserung des Arbeitsstatuts für konventionierte Tagesmütter vorsieht und empfehlen, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Ergebnisse des aktuellen Pilotprojekts in Wallonien/Flandern auswertet, um Möglichkeiten einer besseren finanziellen und sozialen Absicherung von Tagesmüttern zu prüfen.

- 8) Damit Eltern in den ersten Monaten nach der Kindesgeburt ihr Kind selbst betreuen können, regen wir beim Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft an, dass es seinen Einfluss auf föderaler Ebene nutzt, um eine Elternzeit von neun Monaten zu fordern.
- 9) Wir empfehlen, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Werbekampagne für selbstständige Tagesmütter, -omas und -opas gemeinsam mit Kaleido startet, um die Chancen dieser sinnvollen Tätigkeit (für Kinder, Eltern, die Gesellschaft und die Betreuenden selbst) attraktiv zu vermitteln und ihnen eine eventuelle Scheu vor der Herausforderung zu nehmen. Geeignet könnte u. a. ein Informationsabend sein.

2. Organisation der Kinderbetreuung

Empfehlungen zur Organisation und Vernetzung der Betreuungsangebote

- 1) Wir empfehlen die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle (Familienportal, KIFI = Kinder- und Familien-Info-Telefon), an die sich Eltern, werdende Eltern, Schulen und Organisationen wenden können, um Angebot und Nachfrage bei der vor- und außerschulischen Kinderbetreuung besser zueinander zu führen.**

Im komplexen Gefüge von Wünschen und Möglichkeiten, föderalen und DG-Kompetenzen, Angebot und Nachfrage, kurzfristigem Bedarf und langfristiger Planbarkeit ist es für die außerschulische Kinderbetreuung in Zukunft von großer Bedeutung, eine **zentrale Anlaufstelle** zu schaffen, an die sich Eltern, werdende Eltern, Schulen und Organisationen wenden können, um Informationen zu erhalten, die jeweils auf dem neuesten Stand sind. Die großen Vorzüge der ostbelgischen Politik: Pragmatismus, kurze Entscheidungswege und Offenheit für Neues sollen damit keinesfalls untergraben werden.

Aber es besteht eine solche Vielfalt an Betreuungsmöglichkeiten, dass für ein „Nicht-Mitglied“ des Systems nur sehr mühselig ein Überblick gewonnen werden kann. Zum Beispiel: Warum werden die freien und die konventionierten Tagesmütter von unterschiedlichen Organisationen betreut?

Informationsbedarf besteht für die Felder: Angebot und Möglichkeiten je nach Alter des Kindes, Notfallsituationen, Kosten und beteiligte Organisationen.

Die zentrale Koordinierungsstelle – von uns vorerst „Familientelefon“ genannt – wäre vorzugsweise beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzusiedeln, da hier alle Betreuungsmöglichkeiten geprüft und genehmigt werden müssen. Hier müssen die Fäden zusammenlaufen: die Informationen aus den Gemeinden (mit ihren individuellen Angeboten), aus den Schulen, aus den verschiedenen Organisationen.

Es könnte als erster Schritt ein Flyer/Informationsblatt erstellt werden, das die aktuellen Betreuungsmöglichkeiten im Überblick darstellt. Diese Informationen sollten auch auf die Website des Parlaments/Ministeriums. Dort sollten ebenfalls die Links zu den verschiedenen Organisationen zu finden sein.

Ziel ist ein Überblick über aktuelle Betreuungsangebote, um eine effiziente Hilfe zu ermöglichen ohne eine moralische Bewertung des individuellen Familienmodells vorzunehmen. Folgende Aspekte erachtet die Gruppe bei der weiteren Bearbeitung als wichtig:

Informationen für (werdende) Eltern und Alleinerziehende

- Angebot und Möglichkeiten der Kinderbetreuung je nach Alter des Kindes
- Notfall
- Kosten
- beteiligte Organisationen

Zentrale Anlaufstelle im Ministerium der DG

- Organisationen
- Gemeinden mit individuellem Angebot
- Bürgerbüro

- Schulen
- Familienteleson „KIFI“
- Flyer
- online-Portal

Aufgaben der Politik

- Initiativen fördern
- Boden bereiten damit Bürger aktiv werden können
- neue Inhalte in der Schule (Alltagstauglichkeit, Kurse Baby-Puppen)
- Förderung von Eltern

Flexibilität und individuelle Förderung

- ausruhen
- Musik
- Sport
- soziale Kompetenz
- Umgang mit neuen Medien

Geschulte Betreuer

- Weiterbildung
- Ausbildung im „Baukastenprinzip“
- Vermittlung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (z.B. aus der Neurobiologie)

Organisationen vernetzen

- RZKB, SPZ, KBAK, Kaleido
- AUBE, Ephata, Familienhilfe
- KLJ, Musikakademie, Sportbund
- Bund der Familie, ÖSHZ, u.a.

- 2) Wir empfehlen, dass die Regierung die stärkere Vernetzung vorantreibt zwischen den an der Kinderbetreuung beteiligten Organisationen mit Schulen und Freizeitangebern. Wir begrüßen, dass es bereits im Einzelfall gelebte Kooperationen zwischen SPZ und Kaleido gibt (z. B. gegenseitige Einladungen zu Weiterbildungen).**

Diese Kooperation sollte allen Organisationen offen stehen, um Doppelspurigkeiten, Mehrfachbefragung der Eltern, wiederholte Antragstellung etc. zu vermeiden und eine schnelle und effiziente Hilfe für die Betroffenen zu ermöglichen. Zur Stärkung der Flexibilität des Angebots und für die individuelle Förderung aller Kinder empfehlen wir ein gestaffeltes System an Anforderungen/erforderlichen Kompetenzen verbunden mit einem „Baukastensystem“ für Weiterbildung (intern, in den bestehenden Organisationen), um es an der Betreuung interessierten Personen zu ermöglichen, das jeweilige Anforderungsprofil zu erfüllen.

- 3) Für die Politik bestehen auch überregionale Aufgaben. Wir empfehlen, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sich auf föderaler Ebene für die Belange zum Wohl der Kinder einsetzt.** Die Frage einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung mit Wahlmöglichkeiten für Eltern und Kinder betrachten wir als einen wichtigen Hebel zur positiven Gestaltung der Gesellschaft. Hier soll das Parlament auf föderaler Ebene:

- diskutieren, welche Kompetenzen sinnvollerweise aus der föderalen Verantwortung in die regionale übergehen könnten und
 - mit aller Kraft dazu beitragen, dass Gesetze zur Steuerpolitik (z. B. Elternzeit, Bezahlung von Tagesmüttern) und Arbeitspolitik (z. B. zumutbare Entfernung zur Arbeitsstätte, Arbeitszeiten), die jeweils unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenswelt der Kinder haben, das Wohl des Kindes ins Zentrum rücken.
- 4) **Die weitere Einbindung der Bürger in diesen Prozess sehen wir als essenziell an.** Die mehrmals vom Greffier des Parlaments erwähnte Unterstützung des Parlaments für Initiativen aus der Bevölkerung wird von den Bürgern sehr geschätzt. Wir empfehlen, dass das Parlament hier weiter den Boden bereitet, dass sich Bürgerinnen und Bürger gestärkt und unterstützt fühlen, wenn sie sich mit einer Initiative von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, z. B. in der Kinderbetreuung, an das Ministerium wenden und dort ein offenes Ohr finden. In diesem Sinne ist mit dem Bürgerforum ein sehr guter Anfang gemacht.

3. Förderung und Finanzierung der Kinderbetreuung

Empfehlungen zur Förderung und Finanzierung der Kinderbetreuung – staatliche Förderung und Integration

1. **Wir regen an, die Organisation der Kinderbetreuung, insgesamt von einer Stelle aus zu organisieren.**

Zwar ist dies aufgrund der zentralen Verwaltung durch das RZKB schon jetzt weitgehend der Fall, nicht erfasst sind jedoch die selbstständigen Tagesmütter. Durch die Maßnahme könnte zunächst die Übersichtlichkeit für die Eltern durch die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle weiter erhöht werden. Zudem kann durch eine solche zentrale Organisation ein Forum zum Austausch und der gegenseitigen Unterstützung für die Tagesmütter geschaffen werden. Die Verteilung der Kinder auf die Tagesmütter dürfte erleichtert werden. Es ist zudem zu erwarten, dass eine ressourcenschonendere Verwaltung aufgrund der Abschaffung von Doppelstrukturen und Synergieeffekten möglich ist.

2. **Wir regen an, dass das Ministerium in Zusammenarbeit mit den Gemeinden einen Ratgeber über Zuschüsse und Fördermittel im System der Kinderbetreuung innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellt.**

Es ist sehr wahrscheinlich, dass gegenwärtig ein erheblicher Teil der Eltern keine ausreichenden Kenntnisse über bestehende Förderangebote hat. Hierdurch gehen Eltern und Kinder wichtige (pädagogische) Hilfen verloren. Dies dürfte insbesondere eher bildungsferne und mit staatlichen Verwaltungen unerfahrene Eltern betreffen, für die staatliche Hilfen aber von ganz besonderer Bedeutung sind und deren Kinder bestimmungsgemäß ganz besonderes von diesen Hilfen profitieren können. Zudem werden durch die Maßnahme private Initiativen im Bereich der Kinderbetreuung – die umgekehrt staatliche Träger entlasten können – gefördert.

3. **Wir regen an, die Wirtschaft für die Betreuung der Kinder ihrer Angestellten deutlich stärker in die (Mit-)Verantwortung zu nehmen.**

Diese könnte ihren Beitrag durch die Schaffung von Betriebskinderkrippen oder die Beteiligung an staatlichen Angeboten leisten. Die Kinderbetreuung dient auch der Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Eltern, wovon auch die Wirtschaft profitiert. Es sollte hier eine Kohärenz von „Gewinnen“ und „Aufwand“ hergestellt werden. Zudem könnte dem zu konstatierenden Fachkräftemangel in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Anhebung insbesondere der Beschäftigungsquote von Frauen entgegengewirkt werden. Die Beteiligung eines weiteren Akteurs am Kinderbetreuungsangebot dürfte zudem neue Ideen und Konzepte befördern, die einer qualitativ hochwertigen, am Kindeswohl orientierten Kinderbetreuung nur dienen können.

4. **Wir regen an, perspektivisch die Deutschsprachige Gemeinschaft mit weiteren Zuständigkeiten im Bereich der finanziellen Förderung von Eltern auszustatten.**

Hierdurch könnte die Möglichkeit zur Zahlung eines „Elterngeldes“ bzw. zur Finanzierung eines Erziehungsurlaubs geschaffen werden. Eine solche Maßnahme würde die Wahlfreiheit der Eltern, ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst zu betreuen, fördern. Nachdem solche Förderinstrumente in Nachbarländern bereits existieren, könnten dortige Erfahrungen für die Ausgestaltung eines „ostbelgischen Elterngeldes“ nutzbar gemacht werden.

Lernerfahrungen und Empfehlungen

aus dem Prozess des Bürgerdialogs – für künftige Themen des Parlaments

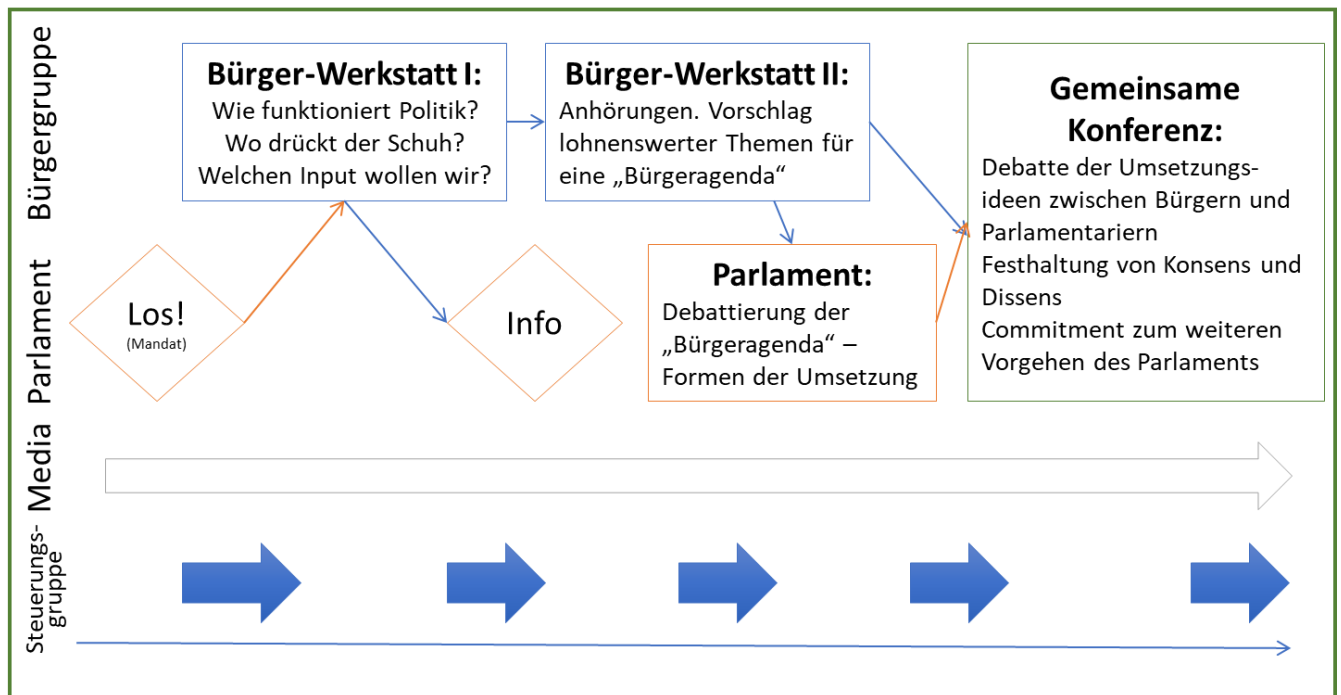
Eignet sich der Bürgerdialog auch für andere politische Themen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft? Wie kann die Wirksamkeit des Instruments erhöht werden?

- **Das Verfahren wurde als wirksam und erfolgreich bewertet.** Der Bürgergruppe hat der Turnus (3 x samstags innerhalb von 6 Wochen), die zufällige Auswahl, die motivierende Moderation gefallen. Für künftige Bürgerdialoge sprachen sich einige Bürger für eine vorherige Verteilung von ausführlichen Informationen aus, andere hingegen meinten, dass die Vorabinformation den kreativen Prozess gehemmt hätte. Der Wunsch nach mehr Altersunterschieden in der Bürgergruppe wurde breit gestützt (erfordert eine alternative Ansprache).
- **Mögliche Themen (Brainstorming von Gestaltungsräumen der Deutschsprachigen Gemeinschaft):**
Pflege und Leben im Alter; Mobilität, Umwelt-Natur (Raumordnung); grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Schulwesen; Integration

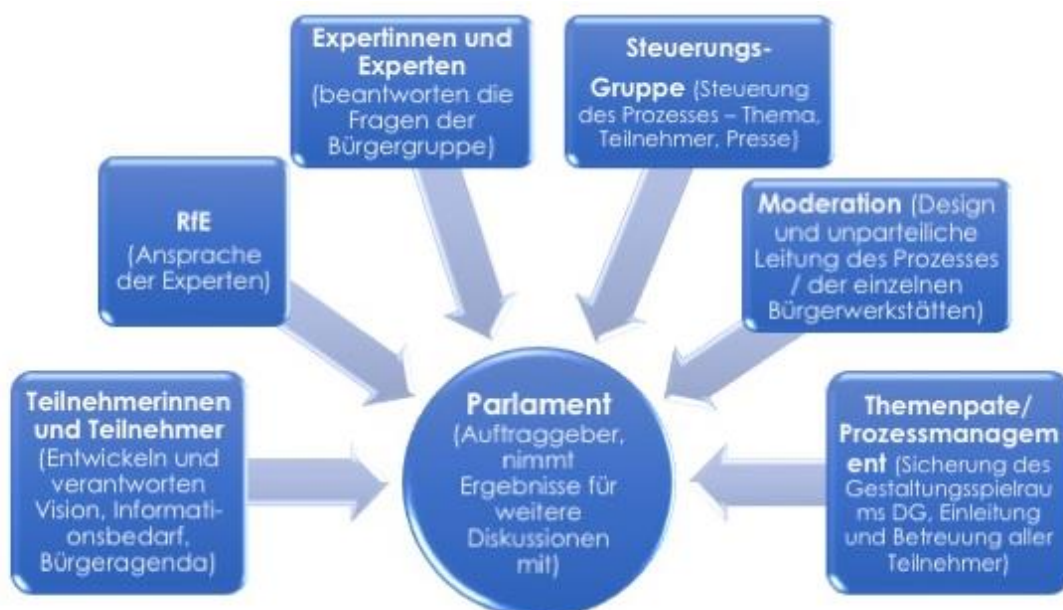
Annex

a) Prozessbeschreibung und Rahmenbedingungen

Prozessüberblick



Rollen und Verantwortungen



Expertenanhörungen (Bürgerwerkstatt 2)

Die Bürgergruppe wählte die von ihr gewünschte Expertise bei der ersten Bürgerwerkstatt aus einer breiten Angebotsliste aus. Das Angebot hatte der Rat für Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt. Folgende Expertinnen und Experten nahmen an den drei Anhörungen bei der zweiten Bürgerwerkstatt teil (alphabetisch nach Institutionennamen aufgelistet):

- Anikos (AGV nicht-kommerzieller Sektor) : Christophe Ponkalo
- Animationszentrum Ephata : Luc Assent
- Aved (vertreten durch den WSR) : Stephan Mathieu
- Kaleido : Doris Falkenberg
- KLJ : Christian Recker
- Ministerium, Fachbereich Familie und Soziales : Michael Fryns
- Musikakademie : Hans-Georg Reinertz
- Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft : Stephan Thomas
- RZKB : Stephanie Baum
- Sportbund : Thomas Pötgen

Regeln für die Anhörung:

- Fragen klar formulieren
- Antworten offen geben: was ist Meinung/Evidenz?
- Sich kurz halten
- Kein Konsenszwang, unterschiedliche Meinungen stehen lassen
- Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, was sie annehmen oder nicht

b) Formulierung von politischen Empfehlungen – Anregung der Moderatorin

- Die gesamte Gesellschaft im Blick halten
- Evidenz/Expertise nutzen, um die Empfehlung möglichst nachvollziehbar zu machen
- Politische Mehrheiten berücksichtigen
- Finanzierung der Maßnahmen im Auge behalten
- Gestaltungsräume des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft bespielen
- Unbeabsichtigte Folgen vermeiden

Bitte schreiben Sie **wichtige, machbare** Empfehlungen/
Optionen (**möglichst Konsens**):

Warum (*Missstand*) **soll**

Wer (*z.B. PDG*)

Was tun (*Maßnahmen, Studie, Um-Investitionen*)

Mit (*z.B. mit Experten XY*)

Weil (*Expertise zitieren*)

Wann (*z.B. in den kommenden 2 Jahren*)

Zum **Ziel** (*gewünschtes, realistisches Bild*)

Ohne (*unerwünschte, negative Wirkungen vermeiden*)

c) Die Zusammensetzung der Bürgergruppe

Frau Edith Bong, Eupen
Frau Jacqueline Corves, Hergenrath
Frau Marina Descheemaeker, Eupen
Frau Rose-Marie Elsen, Büllingen
Herr Dieter Emmerich, Lontzen
Frau Birgit Fank, Wallerode
Frau Rose-Marie Fuhrmann, Bütgenbach
Herr Walter Goebels, Eupen
Herr Friederich Goffart, Bütgenbach
Frau Andrea Göttgens, Eupen
Herr Dieter Heckters, Wallerode
Herr Walter Hilgers, Walhorn
Frau Renate Kerren-Stroh, Astenet
Herr Henri Kohl, Kelmis
Frau Alexandra Koller, Eupen
Frau Martina Meißner, Kettenis
Frau Wilma Nelles-Schinker, Lengeler
Frau Sabine Pitz, Raeren
Herr Raphael Ramirez, Raeren
Frau Doris Rose, Kelmis
Herr Michael Schuldt, Raeren
Frau Antigona Schuldt, Raeren
Frau Ursula Tangeten, Burg-Reuland
Frau Sylvie Thelen, St. Vith
Frau Alice Threinen, Raeren
Frau Elisabeth Wimmenauer, Raeren

d) Botschaft des Parlamentspräsidenten

Der Bürgerdialog zur Kinderbetreuung bringt zusätzliche und neuartige Expertise in die politische Debatte!

- Mit dem Bürgerdialog gestalten wir Politik näher an den Menschen und öffnen unser Parlament bewusst für den Dialog.
- Wir verpflichten uns als Politik, die Empfehlungen und Stimmen aus dem Bürgerdialog in unseren Beratungen zu berücksichtigen – beispielsweise zur Erweiterung des Masterplans.
- Wir werden den Bürgerdialog auch zur besseren Vorbereitung von politischen Entscheidungen einsetzen. Denn Bürgerbeteiligung ist kein „Event“, sondern eine Haltung. Wir freuen uns auf weitere Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv hier einbringen und sind Ihnen sehr dankbar für Ihre Offenheit und die gute Beratung.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die bereit waren, uns mit ihrer Zeit, ihren Ideen und ihrer Kompromissbereitschaft untereinander zu beraten.

Bildnachlese



